

Artikel vom 29.03.2011
Grün-Rot «Jetzt wird anders regiert»

Von news.de-Redakteur Ralf Knüfer

Die SPD hat bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz herbe Verluste eingefahren. *News.de* sprach mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Ute Vogt darüber, warum sich die SPD trotzdem freut.

Wie ist die Stimmung in der SPD nach den Landtagswahlen?

Vogt: Die Stimmung ist sehr gut. Wir freuen uns, dass es gelungen ist, den Wechsel in Baden-Württemberg zu erreichen. Das steht über allem, und das überstrahlt auch, dass wir ein Stückchen hinter den Grünen liegen. Das ist ein kleiner Wermutstropfen, aber er ist sehr klein im Verhältnis zu dem Großen, was wir erreicht haben, nämlich, dass die CDU abgelöst wird.

Die SPD hat mit 21,3 Prozent das schlechteste Wahlergebnis in Baden-Württemberg in der Nachkriegszeit erzielt. Macht Sie das nicht nervös?

Vogt: Natürlich schauen wir, wo wir Wähler gewonnen und verloren haben. Und wie die SPD das eigene Profil schärfen oder auch verändern muss, um in Zukunft weiter vorne zu liegen. Da dürfen wir uns nicht allein darauf konzentrieren, dass die Katastrophe von Japan viel zur Stärkung der Grünen beigetragen hat. In der Regierung wird es sicher leichter, mit unseren Botschaften zu den Menschen durchzudringen. Von der Regierungsarbeit wird abhängen, wie wir das nächste Mal abschneiden.

Haben Sie sich das nicht anders vorgestellt? An dem Tag, an dem die CDU in Baden-Württemberg die Regierung abgeben muss, da haben Sie doch sicher gehofft, dass die SPD dann ganz vorne ist?

Vogt: Die Laune ist davon kaum getrübt. Wir freuen uns jetzt, dass wir viele Dinge, die wir seit Jahren vorbereitet haben, endlich in die Regierungsverantwortung einbringen können. Auch die Berliner haben sich alle mit gefreut. Wer hätte gedacht, dass es je gelingt, die CDU in Baden-Württemberg aus den Angeln zu heben. Das macht Hoffnung.

Die SPD hat viele Stimmen an die Grünen verloren. Kurt Beck hat in Rheinland-Pfalz herbe Verluste erlitten. Wie bewerten Sie das?

Vogt: Wenn man Umfragen glauben kann, dann hätte es in Rheinland-Pfalz noch zwei Wochen vor der Wahl ein anderes Ergebnis gegeben. Da lag Kurt Beck souverän vorne. Das hat sich erst durch die Katastrophe in Japan verschoben. Die Grünen haben einfach den Vorteil, dass sie seit ihrer Gründung gegen Atomenergie sind, während die SPD erst Anfang der 80er Jahre ihre Position verändert hat. Da waren die Grünen konsequenter, und das wird derzeit auch belohnt. Die politische Botschaft lautet, dass die Bevölkerung erwartet, dass der Ausstieg so schnell wie möglich kommt.

Stichwort Konsequenz, Stichwort Glaubwürdigkeit. Da waren die Grünen der SPD bei diesem Thema voraus. Wissen die Wähler denn bei anderen Themen, was die SPD will?

Vogt: Gegenüber den Grünen hat die SPD den Vorteil, dass sie breiter aufgestellt ist. Deswegen glaube ich auch, dass es in der Koalition in Baden-Württemberg sehr friedvoll zugehen wird. In der Sozialpolitik, in der Arbeitsmarktpolitik und auch in der Finanzpolitik hat die SPD Konzepte, über die sie sich profilieren kann. Das ergänzt sich gut mit den Grünen.

Sie sagen, die SPD sei im Vergleich mit den Grünen breiter aufgestellt. Kommt der Anspruch der SPD, eine Volkspartei zu sein, noch bei den Wählern an?

Vogt: Volkspartei ist ja nicht eine Frage der gezählten Stimmen, sondern des Ansatzes. Ob ich wie die FDP sage, ich bin vor allem für eine Klientel verantwortlich, wie inzwischen ja auch die CDU. Mein Anspruch ist, nicht nur einen bestimmten Ausschnitt der Gesellschaft zu vertreten, sondern etwas Verbindendes zu schaffen - über viele Bevölkerungsschichten hinweg. Und das unterscheidet uns auch von den Grünen. Wenn es darum geht, die breite Bevölkerung zu repräsentieren - Menschen, die arbeitslos sind, Arbeitnehmer,

Facharbeiter oder Unternehmer. Da lautet der Anspruch der SPD, niemanden liegen zu lassen.

Was sind die Themen, die in Baden-Württemberg seitens der SPD eine wichtige Rolle spielen werden?

Vogt: Bildungspolitik spielt in Baden-Württemberg immer eine große Rolle. Wir haben hier mit der Sozialauswahl an den Schulen große Probleme. Wir sind das Land, wo am wenigsten Chancen für Schüler aus sozial schwachen Familien bestehen. Da werden wir einen Ausgleich schaffen. Und natürlich wird uns das Thema Stuttgart 21 beschäftigen. Da geht es darum, wie wir den Volksentscheid in die Wege leiten. Die Bürger und Bürgerinnen sollen gleich merken, dass jetzt anders regiert wird.

Die SPD ist doch eigentlich für Stuttgart 21.

Vogt: Die SPD und insbesondere Nils Schmid als Spitzkandidat ist damit angetreten, dass er gesagt hat: Wir haben einen anderen Politikstil, wir sind dialogbereit, wir können zuhören. Und wir haben ja in Baden-Württemberg Bürgerinnen und Bürger, die überdurchschnittlich engagiert sind, und mit dem Bürgerentscheid möchten wir sie mit einbeziehen.

Was geschieht, wenn die Bürger Nein zu Stuttgart 21 sagen?

Vogt: Ein Nein heißt, dass man das Projekt nicht weiter verfolgt. Natürlich muss im Vorfeld der Abstimmung schon klar sein, dass es auch etwas kostet, wenn man das Projekt jetzt stoppt. Darüber müssten die Bürger informiert werden. Wie gesagt, die SPD ist für Stuttgart 21, die Grünen dagegen, da ist eine Volksabstimmung der beste und der richtige Weg.

Ute Vogt, geboren 1964 in Heidelberg, ist SPD-Bundestagsabgeordnete. Von 1999 bis 2009 war sie Landesvorsitzende der SPD Baden-Württemberg. Bei den Landtagswahlen 2001 und 2006 war sie SPD-Spitzenkandidatin. Vogt ist seit Oktober 2003 Präsidiumsmitglied der SPD.

kra/ivb/news.de